

Rund 400 Millionen Euro zur Straßensanierung

Stuttgart (BT) – Das Land investiert in diesem Jahr rund 150 Millionen Euro in den Erhalt der Landesstraßen. Das teilte das Landesverkehrsministerium gestern mit. Der Bund stellt zudem für die Erhaltung der Bundesstraßen in Baden-Württemberg in diesem Jahr Investitionsmittel in Höhe von fast 250 Millionen Euro zur Verfügung. Das Land plant, in diesem Jahr auf insgesamt 437 Kilometern Länge die Fahrbahndecken zu erneuern – 217 Kilometer auf Bundesstraßen und 220 Kilometer auf Landesstraßen. Zudem sind im Sanierungsprogramm 2021 rund 100 Bauwerkssanierungen enthalten. Diese umfassen die Instandsetzung, die Verstärkung sowie den Ersatzneubau der Bauwerke, wie es in der Mitteilung heißt. In Mittelbaden sind drei Projekte geplant: Fahrbahndeckenerneuerungen in der Ortsdurchfahrt Kuppenheim (L67), im Bereich Neusatzeck (L83a) und in der Ortsdurchfahrt Loffenau (L564).

Mann totgefahren: Einbrecher?

Gundelfingen (lsw) – Ein 29 Jahre alter Fußgänger, der am Samstag angefahren wurde und starb, soll kurz zuvor in einen Supermarkt eingebrochen sein. Ersten Erkenntnissen der Polizei zufolge brach der 29-Jährige zusammen mit einem Begleiter in das Geschäft in Gundelfingen bei Freiburg ein und floh, ohne etwas gestohlen zu haben. Die beiden hatten einen Alarm ausgelöst. Die Polizei geht davon aus, dass die beiden Männer danach die B3 überqueren wollten. Dabei wurde der 29-Jährige von einem Auto angefahren und von einem weiteren Wagen überrollt. Sein Begleiter blieb unverletzt. Die Polizei sucht nun nach Zeugen.

Von Hans-Joachim Of

Karlsruhe – Viele Menschen sind überzeugt, dass auf dem großen afrikanischen Kontinent mit Bildung, besserer medizinischer Versorgung und ertragreicher Landwirtschaft der Grundstein für ein chancengleiches und faires Miteinander auf der Welt gelegt werden kann. Für junge Menschen entwickelt sich so eine Perspektive, in ihrer Heimat zu bleiben.

„Eine zuverlässige Wasserversorgung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass die Menschen in vielen Teilen Afrikas ihren Lebensunterhalt bestreiten können und sie sich nicht zu einer Flucht in andere Regionen gezwungen sehen“, sagt Felix Dörr. Der 30-jährige gebürtige Wieslocher studierte am Karlsruher Institut für

Technologie (KIT) Bauingenieurwesen und schloss 2019 sein Masterstudium mit Schwerpunkt Wasser ab.

„Seit meinem Abitur war ich mehrere Male für verschiedene Hilfsprojekte in Afrika“, sagt Dörr. Übers KIT hat er unter anderem Projekte der Hochschulgruppe „Engineers Without Borders“ (EWB) initiiert, die durch solarbetriebene Tiefenbrunnen mehrere Dörfer in Äthiopien mit sauberem Trinkwasser versorgen.

Derzeit arbeitet er zur Hälfte in einem Ingenieurbüro in der Fächerstadt und die andere Zeit am KIT, „mit dem Vorhaben, im Sommer mit einer Promotion zu beginnen“. 2018 hat Dörr zusammen mit seiner Freundin Katharina Heide den gemeinnützigen Verein „Move-ING“ gegründet, mit dem Ziel, ihr ehrenamtliches Engagement in der Entwicklungszu-



Engagieren sich für Tansania und planen, dort zu leben: Felix Dörr und Katharina Heide.



Die ersten Schüler der Schule in Chabalisa. Dank der Arbeit des des Vereins „Move-ING“ hat die Lehranstalt im Januar den Betrieb aufgenommen. Fotos: pr

sammenarbeit unabhängig weiterzuführen und ihre Fachexpertise sowie ihre Projekterfahrung sinnvoll einzusetzen.

Dörres zwei Jahre jüngere Partnerin Katharina kommt ursprünglich aus Siegen und ist für ihr Masterstudium in Bauingenieurwesen nach Karlsruhe gezogen. Derzeit ist sie am KIT-Institut für Straßen- und Eisenbahnenwesen in Vollzeitstellung und geht ihre Promotion an. Auch sie war seit 2010 in unterschiedlichen Projekten in Afrika ehrenamtlich tätig.

„Als sie 2017 für ein Jahr als Bauingenieurin in Tansania lebte, haben wir uns dort kennengelernt“, sagt Dörr. Vor vier Jahren begannen beide, einen tansanischen Schwesternorden („Unlimited Love Sisters“) und deren Projektidee – den Aufbau einer Wohn- und Bildungsstätte für Kinder mit Behinderung – zu unterstützen. Sie bauten zu Beginn ein Wohnhaus für die Kinder und installierten 2018 eine Regenwasser-Aufbereitungsanlage zur Wasserversorgung des Wohnhauses. 2019 kam ein großes Schulgebäude für das Zentrum für Kinder mit Behin-

derung hinzu. Das Ganze passt in Chabalisa, einem kleinen Dorf im Nordwesten des fünfgrößten afrikanischen Landes, das fast eine Million Quadratkilometer groß ist und rund 60 Millionen Einwohner zählt. Zur Anlage gehören auch Filter- sowie eine solarbetriebene UV-Entkeimungsanlage. „Gemeinsam mit der Zisterne und einer Solarpumpe bilden sie ein zirkulierendes System, das sauberes Trinkwasser hervorbringt“, sagen die Bauingenieure. „Jetzt ist endlich auch das eingetreten, worauf wir so lange hingearbeitet haben: Die neu errichtete Schule in Chabalisa hat im Januar 2021 ihren Unterrichtsbetrieb mit zunächst 45 Mädchen und Jungen im Alter zwischen fünf und 14 Jahren aufgenommen.“

Dadurch bekämen benachteiligte Kinder aller Konfessionen eine Chance auf Bildung, auch dank vieler Spenden aus der Region. „Uns ist es sehr wichtig, unseren Unterstützern und vor allem den vielen Patspendern für ihr Vertrauen in uns, zu danken“, heißt es. Obwohl Felix und Katharina viel Fachwissen und Engage-

ment in das Projekt investierten, setzen sie großes Vertrauen in die Menschen vor Ort. „Wir wollen uns in keiner Weise aufdrängen oder Eigeninitiative untergraben, halten uns bewusst als organisatorischen oder betrieblichen Dingen heraus“, betont Dörr. Das Coronavirus verhinderte eine geplante Reise im Frühling 2020 und auch über den Jahreswechsel 2020/2021. Dennoch gab es vor Ort dank der guten Zusammenarbeit mit den lokalen Partnern viel Fortschritt. Mittel- und langfristig hoffen sie, die Kapazitäten des Zentrums so auszubauen, dass bis zu 200 Kinder dort wohnen und zur Schule gehen können.

Ihre Motivation sei ungebrochen. „Das Projekt ist im Einzugsgebiet zweier Distrikte mit rund 700.000 Einwohnern in dieser Form einzigartig“, sagen sie. Dörr und Heide wollen in Zukunft langfristig in Ostafrika leben und arbeiten. „Wir haben eine innige Beziehung zu den dort lebenden Menschen. Daraus ist nicht nur eine Partnerschaft, sondern eine wertvolle Freundschaft entstanden.“

◆ www.move-ing.org

Vom Sparen und Geldausgeben

Koalitionsverhandlungen: CDU hält an Familiengeld fest

Stuttgart (bjhw) – Grüne Chefverhandler hatten der Idee bereits eine Absage erteilt, die CDU lässt in den Koalitionsverhandlungen aber nicht locker: Im Punkt 45 ihres 100 Punkte umfassenden Wahlprogramms hatte sie ein einkommensunabhängiges Familiengeld versprochen. Ihr Ziel: „Den finanziellen Spielraum für alle Familien im Land ebenso zu vergrößern wie die Wahlfreiheit im Hinblick auf ihre Lebensgestaltung.“

Denn ausdrücklich wollten Kultusministerin Susanne Eisenmann und die Bildungspolitiker in der CDU-Fraktion neben dem Rechtsanspruch auf die Ganztagsgrundschule ab 2025 „auch auf flexible Betreuungsangebote setzen“, die mehr Familien dank der neuen Hilfe nutzen könnten.

Es sollte ein Highlight des beginnenden Wahlkampfes werden. Eisenmann und mit ihr die Landes-CDU starteten eine Unterschriftenkampagne im Netz („Dein Kind, Deine Entscheidung“). Die Bundesförderung für Ganztagschulen wurde als „ideologisch getriebene Vorstellung“ kritisiert und stattdessen für Baden-Württemberg „jeder Familie passgenaue Lösungen für die eigenen Bedürfnisse“ in Aussicht gestellt. In praktisch jedem ihrer Wahl-

kampfauftritte unterstrich die Ministerin die Bedeutung des Familiengelds für die Wahlfreiheit.

In das Sondierungspapier von Grünen und CDU hat es das Projekt – dem Vernehmen nach – als zu teuer nicht geschafft. Weil zugleich aber anderen Pläne des CDU-Wahlprogramms wie beispielsweise der Absenkung der Grundsteuer wurde, kommt das Familiengeld jetzt erneut auf die Tagesordnung. „Irgendwo müssen wir Härte zeigen“, sagt ein Verhandler. Es könne nicht sein, „dass die Grünen alles und wir gar nichts durchsetzen“.

Allerdings sind die angebotenen Modelle kostspielig. Kinder könnten bis zum zweiten oder sogar bis zum sechsten Lebensjahr unterstützt werden. Pro Jahr würde das je nach Ausgestaltung im Landeshaushalt mit 200 bis 600 Millionen Euro zu Buche schlagen. Grüne verweisen auf ein anderes Vorhaben, „das die Höhe und die Dimension unterstreicht“, wie es in der Landtagsfraktion heißt. Denn um coronabedingte Lernlücken bei Kindern und Jugendlichen zu schließen, wurden 100 Millionen Euro veranschlagt. „Wir könnten bei einem Verzicht aufs Familiengeld da ein Vielfaches investieren“, sagt eine Landtagsabgeordnete.

CDU-Unterhändler sehen sich doppelt unter Druck, weil sie einerseits den bildungs- und familienpolitischen Vorstellungen des alten und neuen Partners eigene Akzente entgegenzusetzen und andererseits aber ihr Profil als strenge Haushälter schärfen wollen. Fraktionsvize Winfried Mack argumentiert zudem mit Fragen der Generationengerechtigkeit. Die künftige grün-schwarze Landesregierung müsse sich einer strengen Haushaltsdisziplin verpflichtet fühlen: „Denn die Corona-Generation ist ohnehin genug belastet, sie muss davor bewahrt werden, die Zeche ein zweites Mal zu bezahlen.“

Absehbar als bildungs- und familienpolitische Schnittmenge ist die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. „Den werden wir engagiert umsetzen“, hatte die CDU in ihrem Wahlprogramm versprochen. „Wir haben deutlich in den Ausbau der Ganztagschule investiert“, schreiben die Grünen, „diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.“ Wie, darüber müssen jetzt auch die „Hauptgruppen“ nachdenken. Die Teams, angeführt von Winfried Kretschmann und Thomas Strobl, läuteten gestern die entscheidenden Gespräche ein, in denen bis 1. Mai auch finanzielle Weichen gestellt werden müssen.

„Kulturwandel gelungen“

Staatsrätin für Zivilgesellschaft Gisela Erler verabschiedet

Stuttgart (bjhw) – Keine kleine Hoffnung schwang mit, als Winfried Kretschmann kurz vor seiner ersten Wahl im Mai 2011 das letzte Personalgeheimnis löste: Gisela Erler sollte das neue Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft übernehmen. Wären die ersten grün-roten Monate anders verlaufen, hätte die damals 64-Jährige gut mithelfen können, das finanziell und zeitlich aus dem Ruder gelaufene Milliardenprojekt Stuttgart 21 zu verhindern.

Daraus wurde nichts. Der Volksentscheid ging für den Tiefbahnhof aus. Erler hat das Land dennoch nachhaltig verändert. Als Grande Dame der Bürgerbeteiligung wurde die Sozialwissenschaftlerin gerade in der grünen Fraktion verabschiedet. Was sie sich sicher niemals hätte träumen lassen Ende der 60er, als in dem von ihr mitgegründeten Trikont-Verlag die deutsche Übersetzung der Mao-Bibel zum auflagestarken Renner wurde, als sie früh den Grünen beitrug, dann aber schon 1983 im Links-Rechts-Gegensatz der Strömungen die „Ökolibertären“ mitgründete.

In den vergangenen zehn Jahren trieben sie ganz andere Fragen um. Der Ministerpräsident hatte die „Politik des Gehörtwerdens“ zum Markenzei-



War zehn Jahre im Amt: Gisela Erler. Foto: Murat/dpa

chen erkoren und Erler auferlegt, einen Leitfadens zum Thema Legitimität durch Verfahren zu erstellen. Sie kam aus der Nachbarschaftsarbeit, hat Mütterzentren oder Mehrgenerationenhäuser aufgebaut, später das erfolgreiche Unternehmen „Familienservice“ gegründet, Bürgerbeteiligung sei ein „jungfräuliches Territorium“ gewesen. In einem Land, in dem sich Großkonflikt an Großkonflikt reihte.

Kaum war Stuttgart 21 mehr schlecht als recht durch – auf Basis zu niedriger Zahlen, wie längst bekannt ist –, kochte im Nordschwarzwald die Stimmung hoch. Unterstützt auch von der CDU, deren Umweltministerin Tanja Gönner das Projekt selber vorangetrieben

hatte, sollte der Nationalpark verhindert werden. Ausgerechnet Erler musste die Abstimmung der Bürgerschaft dagegen in sieben Gemeinden als nicht relevant einstufen, weil allein der Landtag zuständig war. Die Aufregung war riesig, Erlers Prognose stimmt inzwischen jedoch auch: „In ein paar Jahren wird sich die große Mehrheit sehr freuen, dass es den Nationalpark gibt.“

Schon in einer allerersten Rede zum Thema hatte Kretschmann damals erklärt, dass Gehört-nicht mit Erhört-werden zu verwechseln ist. Erler schallte genau diese Kritik immer wieder entgegen – „als Steilvorlage“, erzählt sie, um zu erklären, wie Partizipation funktioniert: durch frühzeitige Transparenz und Einbindung, dank des bindenden Planungsleitfadens, durch die Etablierung von zufällig ausgelosten Bürgerforen mit Beratungs- und Befriedungsfunktion.

„Kein anderes Bundesland ist in Fragen der Beteiligung so weit vorangekommen“, sagt sie beim BT-Gespräch, „der Kulturwandel hat funktioniert.“ Mit einer großen Ausnahme: Weder Kretschmann noch erler werben mehr für Volksabstimmungen auch auf Bundesebene. „Die Gefahr ist viel zu groß, dass die von Populisten gekapert werden, die die Leute gegeneinanderhetzen“, sagt sie.